

## Politische Partizipation von Frauen im Libanon

Ein Überblick über die historischen Entwicklungen bis zur Gegenwart

**Dr. Doris Decker**

Goethe-Universität, Frankfurt

### **Einführung**

Der Libanon hat den Ruf, ein offenes und liberales Land zu sein. Im Vergleich mit anderen arabischen Ländern wird seine Gesellschaft als besonders tolerant und fortgeschritten betrachtet – dies insbesondere was die Rechte der Frauen betrifft.

Um dies zu belegen, wird vor allem auf die Erwerbstätigkeit verwiesen: Frauen im Libanon sind in den unterschiedlichsten Bereichen, im öffentlichen sowie privatwirtschaftlichen Sektor erfolgreich und erklimmen leitende Positionen im Geschäftsleben. Sie arbeiten im Bildungs-, Finanz-, Gesundheits- und Erziehungswesen, sie gestalten als Moderatorinnen und Journalistinnen Medien mit und führen Unternehmen. Im Jahr 2014 lag die Erwerbstätigkeit der Frauen insgesamt bei 26%.<sup>1</sup> Nach einer Studie aus dem Jahr 2009 waren Frauen zwischen 20 und 24 Jahren zu 35% erwerbstätig, zwischen 25 und 29 Jahren zu 47% und zwischen 30 und 34 Jahren zu 33%.<sup>2</sup> In den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Medien und Kunst machen Frauen die Mehrheit der Arbeitnehmer aus. Auch in nicht-traditionellen Berufen wie Mechanikerinnen, technischen Berufen und im Rechtsbereich sind Frauen tätig: Der Libanon hat z.B. mit 42% eine der höchsten Quoten an weiblichen Richterinnen in der arabischen Welt.<sup>3</sup> In den Einschreibungen und den Abschlüssen der Hochschulausbildung übersteigt die Anzahl der Frauen die der Männer. Das lässt den Dekan der AUB Business School, George K. Naajar, folgern, dass sich die Frauen schnell auf eine Gleichstellung mit den Männern zubewegen.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Global Gender Gap Report 2014, Lebanon, World Economic Forum: <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-report-2014/economies/#economy=LBN>, letzter Aufruf 04.01.2016. Laut einer Umfrage gaben 37% der befragten Frauen an, in einem Arbeitsverhältnis zu stehen; The Status of Women in the Middle East and North Africa (SWMENA) Project (2009): Focus on Lebanon. Economic & Educational Status Topic Brief.

<sup>2</sup> Yaacoub, Najwa; Badre, Lara (2011): The Labor Market in Lebanon. Central Administration for Statistics, [http://www.cas.gov.lb/images/PDFs/SIF/CAS\\_Labour\\_Market\\_In\\_Libanon\\_SIF1.pdf](http://www.cas.gov.lb/images/PDFs/SIF/CAS_Labour_Market_In_Libanon_SIF1.pdf), letzter Aufruf 04.01.2016.

<sup>3</sup> Salameh, Riwa (2014): Gender politics in Lebanon and the limits of legal reformism. Civil Society Knowledge Center, Beirut.

<sup>4</sup> Duncan, Don: „Lebanon’s women lose political ground“, in: *Le Monde diplomatique*, 14.09.2009.

Doch obwohl libanesische Frauen engagiert, gebildet und berufstätig sind und eine stark wachsende Partizipation von weiblichen Arbeitskräften in allen Berufen zu verzeichnen ist, kehren sich die Verhältnisse im politischen Bereich um: Es mangelt in auffälliger Weise an Politikerinnen, weiblichen Abgeordneten, Ministerinnen und Präsidentinnen. Die libanesische Politik ist männerdominiert und nur selten finden sich Frauen in staatlichen Führungspositionen. Im Vergleich mit anderen Ländern der Region hat der Libanon einen der niedrigsten Anteile, was das politische Engagement von Frauen betrifft. Mit nur 3,1% (4 weibliche Abgeordnete von 128) befindet sich der Libanon am Tabellenende der parlamentarischen Repräsentation von Frauen weltweit und damit zusammen mit dem Iran auf Rang 134 und unter konservativen Golfstaaten wie Kuwait mit 1,5% (Rang 138), Oman mit 1,2% (Rang 139) oder Katar und Jemen mit jeweils 0%. Überholt wird der Libanon von seinen Nachbarländern Syrien mit 12,4% (Rang 104) und Jordanien mit 12% (Rang 106) sowie von Tunesien mit 31,3% (Rang 32), Irak mit 26,5% (Rang 46) und Bahrain mit 7,5% (Rang 123).<sup>5</sup>

Warum aber bleiben Frauen im Vergleich zu ihren Errungenschaften im Erwerbsleben, in der Bildung und ihrem sozialen Engagement hinter Männern zurück was den Zugang zu politischen Führungspositionen betrifft? Im Artikel wird diese Diskrepanz erörtert.

### **Gegenwart und Geschichte**

Die libanesische Gesellschaft ist hinsichtlich ethnischer und konfessioneller Zusammensetzung, wirtschaftlichem Status, Bildung und politischen Partizipationsmöglichkeiten stark fragmentiert. Das politische System des Libanon ist eine Konkordanzdemokratie, in der die Ämter nach konfessioneller Zugehörigkeit und Quoten vergeben werden. Die wichtigsten Staatsämter sind bestimmten religiösen Gruppen vorbehalten: Das Staatsoberhaupt muss maronitischer Christ sein, der Regierungschef Sunnit, der Parlamentspräsident Schiit und der Oberbefehlshaber der Armee Christ. Die 128 Parlamentssitze sind nach Konfessionen verteilt: die maronitischen Christen haben 34 Sitze,

<sup>5</sup> Women in national parliaments: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>, Daten vom 01.11.2015, letzter Aufruf 03.01.2016.

Sunniten und Schiiten jeweils 27, die griechisch-orthodoxen Christen 14, die Drusen und die griechisch-katholischen Christen jeweils 8, die orthodoxen Armenier 5, die Alawiten 2, die armenischen Katholiken, Protestanten und Minderheiten jeweils einen Sitz. Insgesamt gibt es 19 anerkannte Religionsgemeinschaften.<sup>6</sup> Zwei politische Lager dominieren: Auf der einen Seite das pro-westliche, gegen Assad gerichtete „Bündnis 14. März“, dem die sunnitisch geprägte Zukunftsbewegung mit 26 Sitzen im Parlament (seit den Wahlen 2009) sowie die christlichen Parteien Forces Libanaises mit 8 und Kataeb mit 5 Sitzen angehören. Auf der anderen Seite das pro-syrische, teilweise auch pro-iranische „Bündnis 8. März“ mit den schiitischen Parteien Hizbollah mit 12 und Amal mit 13 Sitzen sowie die christliche „Freie Patriotische Bewegung“ mit 19 Sitzen.<sup>7</sup> Die überwiegend drusische Progressive Sozialistische Partei mit 7 Sitzen gehört keinem der beiden Lager an und nimmt eher eine pro-syrische Position ein. Derzeit sind um die 20 Parteien aktiv, wobei die oben genannten sieben Parteien die politische Arena dominieren.

Im Jahr 1943 erhielt der Libanon seine Unabhängigkeit. Knapp zehn Jahre später, 1952, schaffte es die libanesische Frauenbewegung, das Wahlrecht sowie das Recht auf Parlamentssitze für Frauen durchzusetzen; fünf Jahre nachdem Männer das Recht erhalten hatten. Damit war der Libanon eines der ersten arabischen Länder mit einem Wahlrecht für Frauen neben Syrien 1953, Ägypten 1956 und Tunesien 1959. Das Wahlrecht erhält eine Person mit 21 Jahren, das Recht, für das Parlament zu kandidieren, mit 25 Jahren. Bis zum Jahr 2009 haben es insgesamt nur zwanzig Mal zehn verschiedene Frauen ins Parlament geschafft, das alle vier Jahre gewählt wird. Die erste Frau war Myrna Boustani (geb. 1939), die im Jahr 1963 das Abgeordnetenmandat ihres verstorbenen Vaters, Emile Bustani, übernahm. Bis zum Jahr 1992 gab es keine weiteren weiblichen Abgeordneten, obwohl einige Frauen, auch mehrmals, kandidierten. Während des Bürgerkrieges von 1975 bis 1991 fanden keine Parlamentswahlen statt. Nach dem Krieg schafften es in den Jahren 1992, 1996 und 2000 jeweils drei Frauen ins Parlament. Die Anzahl der jeweils kandidierenden Frauen betrug fünf, elf und 18 Frauen. Trotz der steigenden Anzahl an Kandidierenden, stieg die Zahl der weiblichen Abgeordneten erst im Jahr 2005 auf sechs Frauen an (bei 14 Bewerberinnen). Durch die vorerst

<sup>6</sup> 54% Muslime (27% Sunniten, 27% Schiiten), 40,4% Christen (21% Maroniten, 8% griechisch-orthodox, 5% griechisch-katholisch, 6,4% andere), 5,6% Drusen, wenige Juden, Bahai, Buddhisten, Hindus, Mormonen.

<sup>7</sup> Die beiden Daten beziehen sich auf Demonstrationen im Jahr 2005 für und gegen die syrische Präsenz im Libanon.

letzten Parlamentswahlen im Jahr 2009<sup>8</sup> sank die Anzahl der weiblichen Abgeordneten wieder ab. Von den 12 kandidierenden Frauen von insgesamt 587 Kandidaten wurden nur vier ins Parlament gewählt: Bahiya Hariri<sup>9</sup>, Gilberte Zouein<sup>10</sup>, Sethrida Geagea<sup>11</sup> und Nayla Tueini<sup>12</sup>.

Die Anzahl der Ministerinnen liegt hinter der Anzahl der weiblichen Abgeordneten zurück. Gegenwärtig gibt es eine Ministerin, die parteilose Anwältin Alice Shabtini (geb. 1946, Maronitin), die seit Februar 2014 Ministerin für Immigranten, Vertriebene und Flüchtlinge des Libanon ist. In den letzten zehn Jahren gab es insgesamt nur eine Handvoll Ministerinnen. Die ersten zwei wurden im Jahr 2004 unter der Regierung von Omar Karamé ernannt: Leila Solh<sup>13</sup>, die von 2004 bis 2005 das Amt des Industrieministers innehatte, und Wafaa Hamza<sup>14</sup>, die von 2004 bis 2005 Gesundheitsministerin war. Nayla Moawad<sup>15</sup> war von 2005 bis 2008 Sozialministerin in der Regierung unter Ministerpräsident Fouad Siniora und hatte von 1992 bis 2009 einen Parlamentssitz inne. Bahiya Hariri war von 2008 bis 2009 Ministerin für Bildung und Raya al-Hassan (geb. 1967, Sunnitin) von 2009 bis 2011 Finanzministerin.

Für das Präsidentenamt hat bisher noch keine Frau kandidiert. Der Versuch von Nayla Moawad im Jahr 2004 scheiterte, weil das Parlament die Verfassung änderte und die Periode des amtierenden Präsidenten ohne Wiederwahlen verlängerte.

Die Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen 2009 lag mit 54% der Wahlberechtigten insgesamt im Vergleich zu

<sup>8</sup> Ende 2014 entschied das Parlament, die bereits für 2013 geplanten Parlamentswahlen aufgrund der schlechten Sicherheitslage auf Juni 2017 zu verschieben. Damit verlängert sich die Legislaturperiode des Parlaments auf acht Jahre. Sollte davor ein neuer Präsident gewählt werden – das Präsidentenamt ist seit 2013 vakant –, werden auch Parlamentswahlen erfolgen.

<sup>9</sup> Die seit 1992 zum fünften Mal ins Parlament gewählte Bahiya Hariri (geb. 1952, Sunnitin) gehört zur Zukunftsbewegung. Sie stammt aus einer reichen Familie und ist die Schwester des ehemaligen Premierministers Rafiq Hariri, der im Jahr 2005 bei einem Attentat ums Leben kam, und damit die Tante dessen Sohnes, Saad Hariri, ein ehemaliger Ministerpräsident und Anführer der Zukunftsbewegung.

<sup>10</sup> Die zum zweiten Mal seit 2005 ins Parlament gewählte Maronitin Gilberte Zouein ist die Tochter des ehemaligen Abgeordneten Maurice Zouein und gehört der Freien Patriotischen Bewegung an.

<sup>11</sup> Die zum zweiten Mal seit 2005 gewählte Sethrida Geagea (geb. 1967, Maronitin) ist die Ehefrau von Samir Geagea (geb. 1952), der der Vorsitzende ihrer Partei, der Forces Libanaises, ist und von 1994 bis 2005 aufgrund seiner Verbrechen während des Bürgerkriegs inhaftiert war.

<sup>12</sup> Die parteilose Politikerin Nayla Tueini (geb. 1982, griechisch-orthodoxe Christin) gehört zum „Bündnis 14. März“. Sie ist die Geschäftsführerin der Tageszeitung An-Nahar, die sie von ihrem Vater Gibran Tueini übernommen hat. Dieser belegte einen Parlamentssitz, bevor er im Jahr 2005 durch eine Autobombe starb.

<sup>13</sup> Leila Solh (geb. 1946, Sunnitin) war die Tochter des früheren Ministerpräsidenten Riad Solh.

<sup>14</sup> Wafaa Hamza (Schiitin) steht dem Parlamentssprecher Nabih Berri nahe.

<sup>15</sup> Nayla Moawad (geb. 1940, Maronitin) ist die Witwe des früheren Staatspräsidenten René Moawad, der 1989 ermordet wurde.

den vorherigen Jahren hoch. Im Jahr 2005 lag sie bei 46%, 2000 bei 45%, 1996 bei 43% und 1992 nur bei 30%. Ein Vergleich der Wahlbeteiligungen in den einzelnen Distrikten zeigt, dass die Beteiligung der Frauen im Jahr 2009 über der der Männer lag. Die Wahlbeteiligung von Frauen ist damit nicht das eigentliche Problem, sondern ihre geringe Kandidatur für das Parlament, so Ghassan Makarem, ehemaliger Geschäftsführer von Lebanese Association for Democratic Elections (L.A.D.E.).<sup>16</sup> Im Jahr 2009 waren Frauen das erste Mal als Wahlhelferinnen beteiligt. In 33% der Wahllokale gab es mindestens eine Frau als Wahlhelferin. Als Leiterinnen von Wahllokalen waren Frauen zu 8% vertreten.<sup>17</sup>

### Viele Hindernisse, wenige Chancen

Seit seiner Unabhängigkeit werden der Libanon und seine politische Arena von den gleichen elitären Familien bestimmt; ähnliches gilt für den ökonomischen Sektor, wo wirtschaftliche und verwandtschaftliche Strukturen eng miteinander verflochten sind. Die meisten der zehn Frauen, die seit 1963 im Parlament waren, gehören elitären, politischen Dynastien an und füllten die Sitze ihrer toten Ehemänner oder Väter aus. Neben Nayla Mouawad ersetzte auch Solange Gemayel (geb. 1949) ihren 1982 ermordeten Ehemann im Parlament, den früheren Präsidenten Bachir Gemayel. Beide Frauen haben ihre Sitze im Jahr 2009 ihren Söhnen überlassen, was den verbreiteten Glauben nährte, Frauen halten die Parlamentssitze für ihre Söhne bereit, bis diese im richtigen Alter sind, in die Fußstapfen des Vaters, Großvater oder eines anderen männlichen Verwandten zu treten. Auch die aktuellen Parlamentarierinnen, Hariri, Zouein, Geagea und Tueini, verdanken ihre Sitze ihren Familienzugehörigkeiten. Doch der Zugang zu politischen Ämtern kann nicht nur über familiäre Beziehungen ermöglicht, sondern auch behindert werden, nämlich wenn die notwendigen Beziehungen nicht bestehen. Das verweist auf die Existenz einer engen und komplexen Verknüpfung der politischen Sphäre mit den Familien- und Clanstrukturen im Libanon.

Die interdependente Beziehung zwischen Politik und Familie, manifest im sogenannten Patron-Klientel-System, besteht darin, dass z.B. Oberhäupter großer Clans politische Unterstützung mobilisieren, wodurch für einen solchen Führer (arab. *za'im*) Wahlpropaganda gemacht und

für ihn gestimmt wird. Im Gegenzug kann dieser seinem Wählerkreis Vorteile verschaffen. Dieser „political familism“ – womit die Anthropologin Suad Joseph die Ausweitung des patriarchalen Familiengebildes auf die gesamte politische Kultur im Libanon bezeichnet<sup>18</sup> – nimmt Einfluss darauf, ob und wie Frauen (aber auch Jugendliche oder Bürger außerhalb der politischen Führungsklassen) in der Politik als Wählerinnen oder Kandidatinnen partizipieren, und wird als einer der herausragenden Gründe dafür benannt, warum Frauen kaum im Parlament vertreten sind und sich wenig politisch engagieren. Auch das Wahlverhalten wird vom „political familism“ beeinflusst: Frauen tendieren dazu, als Teil ihrer Familie und geleitet vom Ehemann, Vater oder Bruder innerhalb ihrer Familienbande zu wählen. Eine wirklich unabhängige Wahl wäre nur durch eine einwandfrei geheime Wahl möglich.

Die Gründe für die geringe Beteiligung von Frauen an der Politik sind komplex und der „political familism“ führt die Liste der ausgemachten Faktoren nur an: Dazu gehören auch die Erziehung und das autoritäre Beziehungssystem innerhalb der Familien, in der der männliche Nachkomme bevorzugt und zum Clan-Anführer wird. Die Familien ermutigen Frauen nicht, sich politisch zu engagieren und sich Parteien oder Gewerkschaften anzuschließen. Sozio-kulturelle und religiöse Normen und Werte bedingen ein geschlechterspezifisches Rollenverständnis, das sich unter den dominierenden religiösen Gruppen kaum unterscheidet: Die Rolle der Frau wird hauptsächlich in der Familie, der Mutterschaft und Erziehung der Kinder sowie im Dienst am Ehemann und Haushalt gesehen. Dahingegen geht die Rolle des Mannes darüber hinaus und beinhaltet die öffentliche Sphäre, wie Arbeitsplätze, Finanzverwaltung und die Mitwirkung an öffentlichen Angelegenheiten und der politischen Arena.

Ebenso gehören das konfessionelle System und das Wahlgesetz zu den Faktoren, die die politische Teilhabe von Frauen erschweren, da sie – regiert von traditionellen, patriarchalen Strukturen – die Frauen von Führungspositionen ausgrenzen. Von Nachteil ist, dass für manche Konfessionen nur wenige Parlamentssitze zur Verfügung stehen und z.B. konfessionslose PolitikerInnen prinzipiell keine Chancen haben. Das bedeutet aber auch, dass eine kandidierende Person zwangsläufig ihre Loyalität und Zugehörigkeit zur Konfession, Familie, zum Geburtsort usw. erklärt. Wie stark der konfessionelle Einfluss ist, zeigt sich z.B. in Kommunalwahlen: Frauen werden in Regionen, in denen eine Konfession dominiert, weniger als politische Akteure akzeptiert als in religiös gemischten

<sup>16</sup> Interview mit Ghassan Makarem in der Dokumentation „Madame Parliamentarian“ by Rouane Itani, 2014; Rabbani, Layla Nkoulou (2009): Women in Lebanese Elections: Second-Class Citizens.

<https://www.aswat.com/en/node/1200>, letzter Aufruf 05.01.2016.

<sup>17</sup> European Union Election Observation Mission to Lebanon (2009): Final Report on the 7 June 2009 Parliamentary Elections.

[http://www.licus.org/liclib/LICRD/elections09/1253861855\\_Rapport%20final%2520EN%2520OK%5B1%5D.pdf](http://www.licus.org/liclib/LICRD/elections09/1253861855_Rapport%20final%2520EN%2520OK%5B1%5D.pdf), letzter Aufruf 05.01.2016.

<sup>18</sup> Joseph, Suad (2011): Political Familism in Lebanon, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 636, S. 150–163.

Regionen, was sich in den Wahlergebnissen abzeichnet.<sup>19</sup> Das konfessionelle Wahlsystem hat sich seit seiner Einführung kaum verändert und die herrschende politische Klasse wehrt jeden Reformversuch ab. Aus den patriarchalen Gesellschaftsstrukturen resultiert eine chauvinistische Mentalität der meisten Politiker, die der Ansicht sind, Frauen seien minderwertig, weshalb sie deren Präsenz auf die unteren Ränge der Parteien beschränken und sich weigern, Frauen in Führungsriege zu integrieren, auch wenn deren Fähigkeiten die ihrer männlichen Kollegen übertrifft.<sup>20</sup>

Die Vorrangstellung eines Familienverbundes mit einem männlichen Repräsentanten an der Spitze wird durch manche Zivil- und Familienrechte<sup>21</sup> verstärkt wie z.B. durch die familiäre Registrierungsnummer, eine bestimmte Form der Identifikation eines Bürgers: Diese wird von den Mitgliedern einer Familie durch die männliche Linie geteilt; Frauen werden im Fall der Heirat der Registrierungsnummer des Ehemannes zugeordnet und nehmen im Scheidungsfall wieder die Nummer des Vaters an. Damit betrachtet der Staat Frauen nicht als Individuen, sondern als Mitglieder einer sozialen Einheit, die von männlichen Verwandten angeführt wird. Dem Staat wird zudem zur Last gelegt, dass er Aufgaben, die er selbst zu bewältigen hat, an religiöse Führer delegiert und dem Willen der lokalen Gemeinschaften überlässt. Doreen Khoury, Beauftragte für den Mittleren Osten des Humanist Institute for Cooperation, eine Organisation für Entwicklungsarbeit, erklärt, dass sich die Geschlechterdiskriminierung von den drei patriarchalen Größen – Familie, Konfession, Staat – ableitet, die die volle, gleichberechtigte Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben zu verhindern suchen.<sup>22</sup> Die Verfassung verstärkt die Inkongruenz zwischen den individuellen Rechten von Frauen und ihrem Rechtsstatus als untergeordnete Mitglieder einer patriarchalen sozialen Einheit, der Familie: Während Artikel 7 gleiche Rechte und Pflichten für alle Bürger garantiert, wird das Perso-

nen- und Familienstandrecht (Heirat, Scheidung, Erbschaft usw.) an die verschiedenen religiösen Gerichte delegiert, die unabhängig vom Staat agieren und außerhalb der Bestimmung der Verfassung und der Zivilgesetze stehen. Damit unterdrückt das Personenstandsrecht die Freiheit der Bürgerinnen und schafft Ungleichheit zwischen Männern und Frauen.

Versagt der Staat darin, den Bürgern Schutz und Ressourcen zu gewährleisten, wenden sich diese den Familien und Konfessionen zu. Diese Bindungen nutzen wiederum Patriarchen zur Mobilisierung einer Anhängerschaft, die ihnen Zugang zu politischen Ämtern und Kontrolle über staatliche Bereiche verschafft. Damit hängen die Bürger von ihren Familien ab, um das Benötigte vom Staat zu erhalten. Innerhalb des Staates institutionalisiert sich so der „political familism“, wodurch politische Loyalität und Konfessionen von Generation zu Generation weitergegeben und politische Eliten reproduziert werden. Der Staat, der die gesamte Gesellschaft repräsentieren, die Rechte der Bürger schützen und sich um alle Gruppen kümmern sollte, ist Teil des „political familism“, nach dessen Regeln er spielt, und gebunden durch die gleichen konfessionellen Einschränkungen. Aufgrund der komplexen interdependenten Verhältnisse lässt sich dieser Kreislauf schwer durchbrechen.

Auch die politischen Parteien gehören zu den Faktoren, die Frauen den Weg ins Parlament oder ins Parteienleben verstellen. Eine Studie von Lebanese Women Democratic Gathering (RDFL) belegt, dass es bei den meisten Parteien nur eine oder zwei Frauen in den Führungsriege gibt. Keine der von RDFL befragten Parteien hat eine Quote für Frauen für ihre Organisation angenommen, was allerdings von den Parteien nicht als großes Hindernis für die Partizipation von Frauen gewertet wird.<sup>23</sup> Nur eine Partei hat eine schriftliche Klausel über Frauenrechte und volle Gleichheit, insbesondere im Arbeitssektor; die anderen erwähnen Frauen in ihren Satzungen nicht gesondert, sagen aber, dass sie sich um alle Menschen bemühen und nicht zwischen Frauen und Männern unterscheiden – was sich aber nicht in der Realität zeigt. Keine der Parteien nimmt sich in ihren Programmen und Reden Frauenthemen an. Vor den Parlamentswahlen im Jahr 2009 hatte lediglich ein politisches Programm Frauen- und Kinderrechtsthemen auf der Agenda.<sup>24</sup> Männliche Politiker blockieren viele Gesetzesentwürfe, in denen es um gender equality im

<sup>19</sup> Ghassan Makarem in der Dokumentation „Madame Parliamentarian“ by Rouane Itani, 2014.

<sup>20</sup> In einem patriarchalen System wird die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder Familie durch die väterliche Abstammungslinie ererbt und bewahrt. Die konfessionelle, regionale und familiäre Zugehörigkeit der Frau ändert sich durch die Ehe (außer bei endogamen Ehen). Deshalb hat die Ernennung von Männern in Machtpositionen Vorteile für alle Akteure, wohingegen Frauen weder offizielle Repräsentanten der Gemeinschaften und Familien noch der geographischen Gebiete sind; siehe Baydoun, Azza Charara (2009): Women in Power and Decision making Positions: Conditions and Restraints, in: *Ar-Raida*, Issue 126-127, Summer/Fall 2009, S. 54.

<sup>21</sup> Das Rechtssystem im Libanon ist ein gemischtes Rechtssystem aus Zivilrecht (französisches Zivilgesetz) und religiösem Gesetz hinsichtlich des Personenstatus.

<sup>22</sup> Khoury, Doreen (2013): Women's political participation in Lebanon. Heinrich Böll Stiftung <https://www.boell.de/en/2013/07/25/womens-political-participation-lebanon>, letzter Aufruf 11.12.2015.

<sup>23</sup> 33% lehnen eine solche Quote ab, 50% setzten Frauen in Führungspositionen ein und 16,6% nominierten Frauen für Parlamentswahlen. Alami, Mona: „Parliamentary presence sticking point for Lebanon's women“, in: *Al-Monitor*, 10.03.2015.

<sup>24</sup> Sawt Ashabab: „Women in politics“, in: *UPI next*, 06.06.2009; الحياة: المرأة السياسية في لبنان: أرقام تفضح مشاركتها الخجولة, 20.11.2014.

Personen- und Familienstandrecht geht, und lehnen eine Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen ab. Oft weisen sie eine latente Frauenfeindlichkeit auf, was zeigt, dass sich das patriarchale Familiengebilde in der Politik wiederholt. Ghassan Makarem vermutet, dass es aktuell keine Partei gibt, die Frauen wirklich als Führungskraft in ihren Reihen haben möchte. In vielen Fällen seien Frauen sogar aus Organisationen verdrängt worden, bevor sie zu stark wurden. Fragt man Parteien, warum sie keine weiblichen Kandidaten haben, versuchen sie das Thema entweder zu vermeiden, erklären, es gebe keine Frau, die sich für eine Wahl aufstellen lassen will und mit dem Druck der Wahl klarkomme, oder versuchen es mit der traditionellen Sicht, das Parlament sei nicht der richtige Ort für Frauen.<sup>25</sup> Kritische BeobachterInnen, wie die Journalistin Sophie Ghaziri, erkennen in der geringen weiblichen Partizipation das Resultat einer patriarchalen Gesellschaft, in der Frauen geradezu dazu angehalten werden, sich zurückzuhalten.<sup>26</sup> Deshalb fehle es den Frauen an Bewusstsein für ihre politischen Rechte und an der Überzeugung, dass ihre Partizipation am öffentlichen Leben wichtig ist.

Weiterhin ist die hohe finanzielle Belastung, die im Zuge politischer Kampagnen entsteht, ein negativer Einflussfaktor auf das politische Engagement von Frauen. Auch die schwache Rolle von NGOs, die zu Frauenrechten und gender equality arbeiten, wird kritisiert. Die NGOs seien unfähig, eine starke Lobbyarbeit zu betreiben und Druck auf die Politik aufzubauen, um die tendenziell negative Richtung der Position von Frauen in der Politik zu ändern.<sup>27</sup>

Viele der genannten Faktoren, die Frauen den Zugang zu Politik und das Erlangen von Autorität erschweren, beschreiben gleichsam die Regeln und Mechanismen, die generell die Auswahl der politischen Führerinnen, aber auch Führer bestimmen: Der Zugang zu Macht- und Entscheidungspositionen wird über die religiös-konfessionellen, familiären und regionalen Zugehörigkeiten gesteuert, was sich in der Vergabe der höchsten Staatsämter ganz offen zeigt.

### Aktivismus für Politikbewusstsein

Die Frauenbewegung im Libanon ist eine lebendige Gemeinschaft von mehr als 140 Organisationen, die dafür eintritt, die politische Partizipation von Frauen im Libanon

auszuweiten und ihre Rechte zu stärken. Zu ihnen gehören u.a. die Lebanese Association for Combating Violence against Women, das Committee for Political Rights of Women, das Lebanese Women's Council, die Lebanese Association of Women Lawyers und das Council for Lebanese Women's Organization. Diese Organisationen arbeiten zu Themen wie häusliche Gewalt, Vergewaltigung in der Ehe, sexuelle Belästigung, Übergabe der eigenen Staatsangehörigkeit an den Ehemann oder die Kinder uvm. Die Aktivitäten von Frauen, um ihre Positionen innerhalb der politischen Parteien zu stärken, sind vielfältig: Sie gründen z.B. Komitees, um sich auf Frauenthemen zu konzentrieren, die sie dann als Plattformen nutzen, um ihre Rollen innerhalb der politischen Parteien voranzutreiben. Verschiedene Seiten sehen solche Komitees kritisch und bemängeln, dass auf Frauenthemen beschränkt geführte Diskussionen eher zu einer Marginalisierung, anstatt zu einer breiteren Partizipation von Frauen innerhalb der Parteien führen. Ein Paradebeispiel ist die Frauenorganisation der Progressiven Sozialistischen Partei (PSP), in der viele fähige Politikerinnen aktiv sind. Doch trotz ihrer Arbeit hat die PSP bis heute keine weiblichen Kandidatinnen zu Wahlen nominiert.<sup>28</sup>

Die größte nationale Vereinigung von Frauen ist die National Commission for Lebanese Women (NCLW), die im Anschluss an die Frauen-Welt-Konferenz in Beijing im Jahr 1996 gegründet wurde, um deren globale Resolutionen zur Verbesserung der Rechte von Frauen im Libanon voranzubringen. Doch selbst solche Vereinigungen existieren nicht außerhalb des Wirkungskreises von Familien und Konfessionen: Festgelegt ist, dass die Mitglieder der NCLW aus Abgeordneten und Ministern bestehen sollen, die mit Frauenthemen vertraut sind und sich für die Rechte von Frauen einsetzen. Laut der Frauenrechtlerin Azzar Charara Baydoun besteht die NCLW jedoch aus einer elitären Gruppe prominenter Frauen der Zivilgesellschaft, deren Ernennung weniger mit ihren Interessen an Rechten von Frauen, sondern vielmehr mit bestimmten Familien und Konfessionen zusammenhängt. Die Mehrheit der Mitglieder seien Newcomer und kenne sich kaum mit diesen Themen aus. Baydoun bemängelt, dass die Frauenbewegung weder zur Partizipation am NCLW aufgefordert wurde, noch ihre Arbeit eine Inspiration für die Implementierung der Agenda des Ausschusses war. Dennoch empfiehlt sie eine Kooperation zwischen der Frauenbewegung und der NCLW, da diese eine ideale Plattform biete, Konzepte politischer und öffentlicher Führerschaft von Frauen voranzubringen und gegen die Diskriminierung von Frauen

<sup>25</sup> Interview mit Ghassan Makarem in der Dokumentation „Madame Parliamentarian“ by Rouane Itani, 2014.

<sup>26</sup> Ghaziri, Sophie (2013): „Lebanese women to gain political ground?“, in: *Al-Arabiya*, 18.05.2013.

<sup>27</sup> Helou, Marguerite (2009): Women Quota in Lebanon: A False Promise?, in: *Ar-Raida*, Issue 126-127, Summer/Fall 2009, S. 64.

<sup>28</sup> Khoury (2013): Women's political participation in Lebanon.

en zu kämpfen.<sup>29</sup> Die Bedeutung des NCLW für die Frauenbewegung und Frauen generell zeigt sich z.B. darin, dass eines der Gründungsmitglieder, Waffa Hamzeh, eine der ersten beiden Ministerinnen im Kabinett von 2004 wurde.

In den 1950er Jahren wurde der Lebanese Women's Council (LWC) gegründet, der als eine Art Dachorganisation für die mehr als 140 Organisationen im Land fungiert. Seit den 1990er Jahren versucht der LWC mit anderen Frauen-NGOs ein Quotensystem in der Regierung einzufordern, um Frauen bei Wahlen die gleiche Präsenz wie Männern zuzusichern. Der Libanon hat die Konventionen von CEDAW<sup>30</sup> angenommen und Artikel 4 von CEDAW – vom Libanon durch Artikel 527 seiner Verfassung bestätigt – erlaubt den Mitgliedstaaten, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen. Die Einführung einer 30%igen Frauenquote, die 38 Abgeordnetensitze für Frauen bedeuten würde, wurde jedoch zweimal vom Parlament abgelehnt. Das legt die Diskrepanz zwischen den Gesetzen im Libanon und seinen internationalen Zusagen und Verpflichtungen offen.<sup>31</sup> Zur Frauenquote werden unterschiedliche Ansichten vertreten und selbst Frauen im Parlament äußern sich nicht affirmativ. Nayla Tueini z.B. ist gegen eine Frauenquote, da sie Frauen ein Limit setzen würde. Dies wäre allerdings nur gegeben, wenn neben einer unteren auch eine obere Prozentgrenze eingeführt würde, was aber nicht zur Debatte steht. Gerade die Einführung einer Frauenquote ist eine der am meisten genannten Empfehlungen, um die Präsenz von Frauen im Parlament zu verstärken.<sup>32</sup> Sethrida Geagea kämpft für die Frauenquote, weil sie der Ansicht ist, dass sich die parlamentarische Repräsentation von Frauen nicht natürlich einstellen wird, sondern entschiedener Maßnahmen bedarf. Ebenso fördert sie Frauenthemen, z.B. mit ihrem Einsatz für einen Gesetzesentwurf zur häuslichen Gewalt, womit sie jedoch die Ausnahme ist.

Die Äußerungen Tueinis über die Quote gründen vielleicht in der Angst, als Politikerin von den männlichen Kollegen nicht ernst genommen zu werden. Laut Marguerite Helou

(Professorin für Politikwissenschaft, Haigazian Universität) herrscht im Libanon ein Klima, das Frauen nicht erlaubt, sich offen für Frauenrechte auszusprechen. Würden sie dies tun, würden sie als Feministinnen angeklagt, was negativ konnotiert ist, da Frauenrechte oft mit „westlichem Einfluss“ gleichgesetzt werden. Zudem würden Männer zu stereotypen Vorstellung tendieren, Frauen im Parlament kämpfen ausschließlich für Frauenthemen. Nun kann man argumentieren, dass die Frauen im Parlament aber nicht als Feministinnen betrachtet werden können, da sie entweder nicht oder nur wenig für Frauenrechte kämpfen. Es gab sogar Fälle, in denen manche der ernannten Frauen gegen Frauenrechte waren, wie z.B. als 1998 weibliche Abgeordnete im Parlament die Forderung der Frauenbewegung für ein optionales ziviles Personen- und Familienstandrecht bekämpften, um das konfessionelle Gesetz zu erhalten.<sup>33</sup>

Umfragen zu den Parlamentswahlen im Jahr 2009 belegen, dass Frauenrechte generell einen nachrangigen Platz in der Gesellschaft einnehmen und andere Themen der politischen Agenda, die von Führungsriegen als existentiell eingestuft werden (wie Verbesserung der Wirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen, Kampf gegen Korruption und Armut), dominieren.<sup>34</sup>

Verschiedene Kampagnen wie ein Dokumentarfilm<sup>35</sup> von Rouane Itani aus dem Jahr 2014, UNDP-Workshops in Verbund mit libanesischen Organisationen oder Medienkampagnen von L.A.D.E. mit Slogans wie „Raise Your Voice!“ zielen darauf ab, ein Bewusstsein in der Gesellschaft für die Rolle der Frau in der Politik zu schaffen und Frauen zum Wählen und Kandidieren zu motivieren.

## Ausblick

Die politische Partizipation von Frauen im Libanon ist mit vielen Hindernissen konfrontiert, die unüberwindbar scheinen: eine patriarchale Kultur, ein schwacher Staat, blockierte Reformen in Politik und Recht, ein diskriminierendes Personen- und Familienstandsrecht und ein fest etablierter „political familism“. Zusätzlich fehlt es in der Gesellschaft an Bewusstsein für die Wichtigkeit von Frauenthemen und Geschlechtergerechtigkeit. Studien, nach denen sich die Rolle der Frau und ihre Position auf politischer Entscheidungsebene in den vergangenen Jahren

<sup>29</sup> Baydoun (2009): Women in Power, S. 56.

<sup>30</sup>Die Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW: Convention for the Elimination of All Forms of Discrimination against Women) wurden 1979 von der Generalversammlung der UN verabschiedet; siehe

<http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/>, letzter Aufruf 07.01.2016.

<sup>31</sup> El-Makari, Mark (2009): The Proposed Gender Quota in Lebanon: Legal Crisis or Democratic Transformation?, in: *Al-Raida*, Issue 126-127, Summer/Fall 2009, S. 39.

<sup>32</sup> Andere Länder haben mit der Einführung der Quote Erfolge erzielt: Der Irak hat Rang 46 mit einem Anteil von 26,5% Frauen im Parlament erreicht, indem er eine Quote von 25% einführte. National Democratic Institute (2009): Final Report on the Lebanese Parliamentary Election Juni 7, 2009. Washington, S. 50f.

<sup>33</sup> Baydoun (2009): Women in Power, S. 56.

<sup>34</sup> The Status of Women in the Middle East and North Africa (SWMENA) Project (2009): Focus on Lebanon.

<sup>35</sup> „Madam Parliamentarian“ widmet sich der Geschichte der politischen Partizipation von Frauen im Libanon und ihrer gegenwärtigen Situation. Als Bildungstool soll er Frauen ermutigen, sich am politischen Leben zu beteiligen; er wird in Schulen, Universitäten, auf Konferenzen usw. gezeigt. Jamshidi, Saideh P. (2015): „Women Parliamentarians in Lebanon“, in: *Goltune*, 28.07.2015. Erhältlich unter: [www.madameparliamentarian.com](http://www.madameparliamentarian.com), letzter Aufruf 07.12.2015.

sogar verschlechtert haben,<sup>36</sup> führen zu einer negativen Zukunftsprognose. Umso mehr sollten die Vorschläge der Frauenbewegung umgesetzt werden, die die Gesellschaft gemäß dem Beijing-Slogan auffordern: „Looking at the world through the eyes of women.“ Das meint, eine exklusive durch eine inklusive Perspektive zu ersetzen und somit die Kluft zwischen einer von Männern formulierten Realität (nach deren Interessen) mit einer Realität zu schließen, die durch Frauen von ihrem Standpunkt aus erfahren wurde.

Um die politische Partizipation zu erhöhen, so die Frauenbewegung, müsse das Interesse von Frauen genauso wie das Interesse von allen sozialen Gruppen, unabhängig vom Alter, Geschlecht oder Glauben in die Entwicklungsprozesse der Gesellschaft einbezogen werden. Das Engagement dafür müsste der Legislative, den Parteien sowie den libanesischen Frauen selbst abverlangt werden. Neben zu implementierenden Gesetzen zur Aufnahme von Frauen als Kandidatinnen in Parteilisten, müsste eine Frauenquote für das Parlament eingeführt werden. Das politische System müsste Abstand nehmen vom traditionellen konfessionellen System und Individuen müssten gemäß ihrer Ausbildung, ihrer beruflichen Fähigkeiten, Erfahrungen und Kompetenzen beurteilt werden und nicht nach familiären oder konfessionellen Zugehörigkeiten – was in diesem Fall auch die Männer betreffen würde.

Selbst wenn die Parteien als Teil des Problems betrachtet werden, dürften gerade sie den Frauen eine der größten Chancen eröffnen, ihre Rechte zu verbessern, sich von Diskriminierung zu befreien und politische Mandate zu erreichen. Von den weiblichen Mitgliedern der Parteien und Frauen in Machtpositionen fordert die Frauenbewegung, dass sie die männer-dominierte Parteihierarchie nicht mehr unhinterfragt anerkennen. Frauen müssten Kritik an der Führungsriege wagen und auf Demokratie, Transparenz und interne Parteireform sowie auf eine interne Frauenquote drängen. Überdies müssten die Parteien die Präsenz von Frauen unterstützen, weiblichen Parteiaktivisten helfen, ihre Fähigkeiten zu verbessern, ihnen erlauben, Führungspositionen zu erreichen, und sie für Wahlen nominieren. Unter allen Mitgliedern sei es wichtig, ein Bewusstsein für die Wichtigkeit der aktiven Partizipation von Frauen zu schaffen. Frauenthemen sollten auf die politische Agenda gesetzt und nicht auf weibliche Mitglieder oder den Frauenausschuss beschränkt werden. Zudem dürfe nicht zugelassen werden, dass politische Unruhen und die instabile Lage des Libanon aufgrund der Konflikte und Kriege im Nahen Osten dazu instrumentalisiert

werden, um Rufe nach Geschlechtergleichstellung mit anderen Themen zu übertönen und Politik- und Wahlreformen zu verhindern. Letztlich muss politische Partizipation von Frauen zum Mainstream und aus der Domäne der zivilgesellschaftlichen Gruppen und Frauenkomitees herausgeholt werden – und dies muss von allen Parteimitgliedern unterstützt werden, von Frauen sowie von Männern.

Erstellt August 2016

<sup>36</sup> الحياة: المرأة السياسية في لبنان: أرقام تقضح مشاركتها الخجولة، 20.11.2014.